



## Niederschrift

### 24. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Soziales, Wohnen und Inklusion - Videokonferenz

---

<b>Sitzungstermin:</b>	Dienstag, 15.02.2022
<b>Sitzungsbeginn:</b>	18:00 Uhr
<b>Sitzungsende:</b>	21:25 Uhr
<b>Ort, Raum:</b>	Raum 3.025, Stadthaus, Friedrich-Ebert-Straße 79/81

---

#### Anwesend sind:

##### Ausschussvorsitz

Herr Uwe Adler	SPD	Sitzungsleitung
----------------	-----	-----------------

##### Ausschussmitglieder

Frau Jana Schulze	DIE LINKE
Herr Pete Heuer	SPD
Frau Birgit Eifler	Bündnis 90/Die Grünen
Herr Uwe Fröhlich	Bündnis 90/Die Grünen
Frau Isabelle Vandre	DIE LINKE
Herr Lars Eichert	CDU
Frau Angela Rößler	DIE aNDERE
Herr Helmar Wobeto	AfD

##### sachkundige Einwohner

Frau Kathrin Jackel-Neusser	SPD
Frau Julia Laabs	DIE aNDERE
Herr Hendrik Nolde	Bündnis 90/Die Grünen
Herr Tom Seefeldt	Freie Demokraten
Frau Nina Waskowski	DIE LINKE

##### Beigeordnete

Frau Brigitte Meier	Geschäftsbereich 3
---------------------	--------------------

##### Vertreter der Beiräte

Frau Fereshta Hussain	Migrantenbeirat
Herr Peter Mundt	Seniorenbeirat

#### Nicht anwesend sind:

##### zusätzliches Mitglied

Herr Wolfhard Kirsch	Bürgerbündnis	nicht entschuldigt
----------------------	---------------	--------------------

##### sachkundige Einwohner

Herr Andreas Koch	BürgerBündnis	nicht entschuldigt
Frau Kerstin Sammer	CDU	nicht entschuldigt

**Gäste:**

Herr Jörn-Michael Westphal	ProPotsdam GmbH
Frau Dr. Amanda Palenberg	Büro für Chancengleichheit und Vielfalt
Herr Sebastian Anderka	Bereich Stadtentwicklung
Herr Harald Kümmer	Geschäftsstelle Bauen
Herr Gregor Jekel	Fachbereich Wohnen, Arbeit und Integration
Herr Jörg Bindheim	Geschäftsbereich Ordnung, Sicherheit, Soziales und Gesundheit
Frau Katrin Hayn	Fachbereich Öffentlicher Gesundheitsdienst
Frau Eiken-Carina Magnussen	Fachbereich Öffentlicher Gesundheitsdienst
Frau Katharina Tietz	Chill out e.V.
Frau Sandra King	Klinikum Ernst von Bergmann
Frau Martina Spyra	Schriftführerin

**Tagesordnung:****Öffentlicher Teil**

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 18.01.2022
- 3 Berichte der Beiräte und der Steuerungsgruppe Inklusion
- 4 Inhaltliche Befassung mit dem Beschluss 22/SVV/0002 "Josephinen-Wohnanlage dauerhaft sichern und Bewohner:innen unterstützen"
- 5 Vorlage der Vermietungsrichtlinie gemäß Beschluss 21/SVV/1119
- 6 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 6.1 Prüfungsauftrag - Potentiale für zusätzlichen Wohnraum durch Aufstockung  
Vorlage: 21/SVV/0736  
Fraktion Freie Demokraten  
- Wiedervorlage -
- 6.2 Integriertes Stadtentwicklungskonzept Potsdam 2035 (INSEK 2035)  
Vorlage: 21/SVV/1357  
Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung
- 6.3 Mietpreisgedämpfter Wohnungsbau in den Klinkerhöfen in Kramnitz  
Vorlage: 22/SVV/0034  
Oberbürgermeister, Geschäftsstelle Bauen
- 7 Mitteilungen der Verwaltung
- 7.1 Report der Beauftragten für Migration und Integration 2021
- 7.2 Bericht zum Sachstand zum GKV-Antrag für vulnerable Gruppen
- 7.3 Sachstand Maßnahmeplan zum Psychatriekonzept
- 7.4 Report zur Suchtprävention/Suchtberatung
- 8 Sonstiges

## Niederschrift:

### Öffentlicher Teil

#### zu 1 Eröffnung der Sitzung

Begrüßung und Eröffnung der Video-Sitzung durch den Ausschussvorsitzenden, Herrn Uwe Adler.

Im Sitzungssaal sind Herr Adler, Frau Meier und Frau Spyra anwesend, alle anderen Sitzungsteilnehmer sind per Video zugeschaltet.

#### zu 2 **Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 18.01.2022**

Herr Adler stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 9 stimmberechtigte Mitglieder anwesend. Somit ist die Beschlussfähigkeit des Ausschusses gegeben.

Frau Laabs weist darauf hin, dass es zum TOP 6.3 einen Änderungsantrag der Fraktion DIE aNDERE gibt, der aber im SBWL-Ausschuss zusammen mit der Beschlussvorlage der Verwaltung noch nicht abschließend behandelt wurde.

Herr Adler schlägt vor, den Änderungsantrag gemeinsam mit der Drucksache 22/SVV/0034 im TOP 6.3 zu beraten.

Er stellt die vorliegende Tagesordnung zur Abstimmung. Die Tagesordnung wird mit 9 Zustimmungen einstimmig **bestätigt**.

Anschließend stellt Herr Adler die Niederschrift zur Sitzung vom 18.01.2022 zur Abstimmung. Die Niederschrift wird mit 9 Zustimmungen einstimmig **bestätigt**.

#### zu 3 **Berichte der Beiräte und der Steuerungsgruppe Inklusion**

Die Berichte der Beiräte sowie der Steuerungsgruppe Inklusion liegen schriftlich vor. Nachfragen zu den Berichten gibt es nicht.

Herr Mundt bittet um Klärung des Unterstellungsverhältnisses des Seniorenbeirates.

#### zu 4 **Inhaltliche Befassung mit dem Beschluss 22/SVV/0002 "Josephinen-Wohnanlage dauerhaft sichern und Bewohner:innen unterstützen"**

Herr Adler informiert, dass Vertreter der MK-Kliniken Hamburg zur Ausschusssitzung eingeladen wurden. Es gab daraufhin keine Rückmeldung.

Frau Vandre verweist auf die erschreckende Art und Weise, in der die Seniorinnen und Senioren zum Auszug gezwungen werden. Sie möchte gemeinsam beraten, welche Punkte des Beschlusses in welcher Art und Weise umgesetzt werden können und wie den Bewohner:innen geholfen werden kann.

Dabei macht sie auch deutlich, dass wenig Wohnraum für Seniorinnen und Senioren zur Verfügung steht. Sie sieht hier auch eine politische Verantwortung, die Wohnsituation von Seniorinnen und Senioren in der LHP zu verbessern.

Frau Meier schließt sich den Ausführungen von Frau Vandre an. Sie teilt mit, dass die ProPotsdam gemeinsam mit dem Seniorenbeirat daran arbeitet, eine Lösung zu finden, wie die Wohnsituation der Seniorinnen und Senioren in der LHP verbessert werden kann. Aber auch das Problem der fehlenden Heimaufsicht muss angegangen werden.

Sie macht deutlich, dass auch weiterhin der Kontakt zu den MK Kliniken gesucht wird. Des Weiteren ist der Mieterverein aktiv vor Ort und unterstützt die Seniorinnen und Senioren.

Frau Meier teilt weiter mit, dass ihr gegenüber am 14.02.2022 zugesichert wurde, dass bezüglich der Kostenübernahmen von Anwalts- und Rechtshilfekosten bereits Spendengeber vorhanden sind.

Eine Ersatzvornahme kann getätigt werden, wenn es zu einer Zuspitzung der Lage kommen würde. Dann können entsprechende Instrumente geprüft werden. Eine Enteignung ist aufgrund sozialer Belange nicht möglich. Im Rahmen der Zweckentfremdung erfolgen Prüfungen und wenn nötig auch Androhung von Bußgeldern.

Heute hat sie die Information erhalten, dass Bundeskanzler Olaf Scholz sich als Bundestagsabgeordneter in einem Brief an MK-Kliniken gewandt hat.

Frau Vandre fragt, welche Handhabung die LHP bei Zweckentfremdung hat. Daraufhin erklärt Frau Meier, dass längerer Leerstand eine Zweckentfremdung ist und hier Handlungsmöglichkeiten bestehen. Die Umwandlung von unmöbliertem Wohnraum in möblierten Wohnraum muss geprüft werden. Hier muss sich die Politik mit einem Appell an den Bundesgesetzgeber wenden.

Frau Laabs bittet um Auskunft, wie viele Menschen noch in der Josephinen-Wohnanlage wohnen, wie die aktuelle Pflegesituation vor Ort ist und bis wann das Haus leergezogen werden muss.

Frau Meier informiert, dass die Pflege über einen ambulanten Pflegedienst gesichert ist. Wenn es hier Probleme geben sollte, kann die LHP sofort unterstützen. Über die Anzahl der Mieter, die noch in der Josephinen-Wohnanlage leben, ist der LHP nichts bekannt.

Herr Eichert macht deutlich, dass das Kernproblem der Mangel an Angeboten an entsprechenden Wohnraum ist. Hier muss dringend nachgesteuert werden.

## **zu 5 Vorlage der Vermietungsrichtlinie gemäß Beschluss 21/SVV/1119**

Herr Westphal (ProPotsdam GmbH) stellt anhand einer Präsentation den ProPotsdam-Bonus vor und gibt Erläuterungen dazu. Er erklärt das Bewertungssystem und macht darauf aufmerksam, dass man sich jetzt in der Pilotphase befinde. Die ersten beiden Wohnungen wurden nach dem vorgestellten System angeboten. Ein Bericht über Erfahrungen kann im 3. Quartal 2022 gegeben werden.

Frau Laabs macht darauf aufmerksam, dass bei bestimmten Beeinträchtigungen auch entsprechende bauliche Voraussetzungen benötigt werden. Wie wird dies hier berücksichtigt?

Daraufhin erklärt Herr Westphal, dass alle Wohnungen der ProPotsdam angeboten werden. Bisher wurde angestrebt, die Wohnungen so schnell wie möglich wieder zu vermieten, um Leerstand zu verhindern. Die Wohnungen werden im Exposé genau beschrieben, auch ob Aufzüge oder Barrierefreiheit vorhanden sind. Bei barrierefreien Wohnungen haben Rollstuhlfahrer höhere Chancen, ausgewählt zu werden.

Wenn für eine Wohnung sehr viele Bewerbungen eingehen, gibt es ein technisch unterstütztes maschinelles Zufallsverfahren, das 10 Bewerber für eine Wohnungsbesichtigung auswählt. Anhand des Selbstauskunftsbogens erfolgt dann die Auswertung.

Frau Jackel-Neusser fragt, ob Alleinerziehende größere Chancen haben als Paare.

Herr Westphal erklärt, dass Kinder doppelt so viele Punkte wie Erwachsene bekommen.

Herr Adler fragt, wenn sich die Bewohner der Josephinen-Wohnanlage bewerben würden, ob diese priorisiert die Möglichkeit der Berücksichtigung finden würden.

Herr Westphal erklärt, dass diese aktuell die gleichen Möglichkeiten haben, wie alle anderen Bewerber. Er betont, dass die ProPotsdam aber grundsätzlich im Gespräch mit Frau Meier ist, um hier zu unterstützen.

Herr Eichert betont, dass die Senioren unterstützt werden müssen, in ihren Wohnungen bleiben zu können. Hier muss alle notwendige Unterstützung gegeben werden.

Frau Laabs wünscht sich, dass aufgrund der besonderen Situation für die Bewohner der Josephinen-Wohnanlage eine gesonderte Lösung gefunden wird.

Frau Meier macht deutlich, dass bei drohender Wohnungslosigkeit selbstverständlich durch die LHP unterstützt wird.

Herr Wobeto fragt nach Beispielen aus anderen Städten, wo das Modell der Einheimischen-Richtlinie funktioniert.

Herr Westphal erklärt, dass es vorwiegend Bayrische Gemeinden gibt, die das Modell bei Eigenheimen angewandt haben. Bei Vermietungen gibt es noch nicht viele Erfahrungen.

## **zu 6 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung**

### **zu 6.1 Prüfungsauftrag - Potentiale für zusätzlichen Wohnraum durch Aufstockung**

**Vorlage: 21/SVV/0736**

Fraktion Freie Demokraten

- Wiedervorlage -

Herr Seefeldt bringt den Antrag sowie den Ergänzungsantrag ein.

Herr Anderka macht darauf aufmerksam, dass dazu das INSEK eingebracht wurde. Mit dem Arbeitskreis Stadtspuren gibt es bereits eine gute Zusammenarbeit. Aus Sicht der Verwaltung befindet sich der vorliegende Antrag

bereits in Umsetzung.

Herr Seefeldt hält es für wichtig, auch das Thema Höhe (Aufstockung) zu betrachten.

Herr Anderka verweist hierzu auf die Planungen für den Schlaatz, wo dies umfassend betrachtet wird.

Herr Seefeldt erklärt, dass aus seiner Sicht der Antrag durch Verwaltungshandeln erledigt ist.

## **zu 6.2 Integriertes Stadtentwicklungskonzept Potsdam 2035 (INSEK 2035)**

### **Vorlage: 21/SVV/1357**

Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung

Herr Anderka bringt mit Unterstützung einer Präsentation das Integrierte Stadtentwicklungskonzept Potsdam 2035 ein. Eingangs erläutert er die Aufgabe des INSEK und macht deutlich, dass dies eine wichtige Voraussetzung ist, um Bundes- und Landesfördermittel in Anspruch nehmen zu können. Er gibt einen Überblick über den Zeitplan der Erarbeitung sowie über die Themenfelder. Anschließend verweist er auf das räumliche Leitbild und gibt Erläuterungen dazu. Abschließend gibt er einen Ausblick in die Zukunft.

Frau Laabs fragt, ob auch die Versorgung mit sozialen Einrichtungen und das Wohnen eine Rolle spielen. Dies wird von Herrn Anderka so bestätigt.

Herr Eichert fragt, ob die Zahlen der Bedarfe an Wohnraum und der Wohnungsmarktbericht noch geliefert werden, bevor das STEK beschlossen wird.

Daraufhin macht Herr Anderka deutlich, dass zukünftig geprüft werden muss, wie die Wohnungsmarktberichterstattung verbessert werden kann. Er betont, dass die vorliegenden Informationen nach bestem Wissen und Gewissen zusammengetragen wurden.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, stellt Herr Adler die Drucksache zur Abstimmung.

### **Der Ausschuss für Gesundheit, Soziales, Wohnen und Inklusion empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:**

1. Das Integrierte Stadtentwicklungskonzept Potsdam 2035 (INSEK 2035, Anlage 1) ist als gesamträumliches städtebauliches Entwicklungskonzept der Landeshauptstadt Potsdam anzuwenden und wird Grundlage des weiteren Verwaltungshandelns.
2. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, auf die Umsetzung des räumlichen Leitbildes (Anlage 1.1) und die schwerpunktmäßige Entwicklung der vier Vertiefungsbereiche (Anlage 1.2 bis 1.5) hinzuwirken.
3. Die städtebauliche Entwicklung Potsdams soll behutsam erfolgen. Die im INSEK 2035 enthaltenen „Zehn Potsdamer Grundsätze für behutsames Wachstum“ sind dabei zu berücksichtigen.
4. Die Umsetzung des INSEK 2035 soll durch kontinuierliches Monitoring begleitet werden. Der Umsetzungsstand ist der Stadtverordnetenversammlung zwei-jährlich mitzuteilen (Mitteilungsvorlage).

**Abstimmungsergebnis:**

Mit 2 Zustimmungen, 2 Ablehnungen und 5 Stimmenthaltungen **abgelehnt**.

**zu 6.3 Mietpreisgedämpfter Wohnungsbau in den Klinkerhöfen in Krampnitz  
Vorlage: 22/SVV/0034**

Oberbürgermeister, Geschäftsstelle Bauen

Frau Rößler bringt den Änderungsantrag der Fraktion DIE aNDERE ein und erläutert diesen.

Herr Kümmel stellt anhand einer Präsentation die Drucksache vor. Anschließend geht er auf den Änderungsantrag der Fraktion DIE aNDERE ein und macht deutlich, dass damit auf das Verhandlungsangebot der Deutschen Wohnen eingegangen wird.

Frau Vandre fragt, ob die Eckpunkte schon feststehen. Sie spricht sich für den Änderungsantrag aus.

Herr Kümmel erklärt, dass bei den Verhandlungen zum städtebaulichen Vertrag der Geschäftsbereich Ordnung, Sicherheit, Soziales und Gesundheit eingebunden wird, um dies dann passend verhandeln zu können. Der städtebauliche Vertrag wird den Stadtverordneten vorgelegt.

Herr Eichert hat den Eindruck, dass die Bedarfe an belegungsgebundenem Wohnraum nicht hinreichend bekannt sind. Auch die Frage nach dem zusätzlichen Verkehr, der erzeugt wird.

Herr Kümmel stellt klar, dass es nicht um geförderten Wohnraum geht, sondern um mietpreisgebundenen Wohnraum. Er macht deutlich, dass noch die Abstimmung mit der gemeinsamen Landesplanung erfolgen wird. Diese Frage muss im Masterplan beantwortet werden. Die Mietfragen sind Teil der Verhandlungen.

Frau Rößler hält es für wichtig, jetzt die Weichen zu stellen und die Verträge so zu gestalten, dass Menschen mit geringem Einkommen die Möglichkeit haben, dort einzuziehen.

Herr Fröhlich begrüßt die Vorlage sowie den Änderungsantrag der Fraktion DIE aNDERE. Er fragt, ob die Vorlage schon im SBWL-Ausschuss beraten wurde und welcher der federführende Ausschuss ist.

Herr Kümmel erklärt, dass der SBWL-Ausschuss in seiner nächsten Sitzung dazu ein Votum abgeben wird. Er spricht sich dafür aus, eine Verhandlungsfreiheit zu ermöglichen, statt vorher Festlegungen zu treffen.

Frau Schulze schlägt vor, die Verwaltung mit 25 Jahren Bindung in die Verhandlungen zu schicken.

Herr Adler regt an, den Änderungsantrag dahingehend zu ändern, dass „sichergestellt“ durch „geprüft“ ersetzt wird.

Frau Rößler stimmt der Änderung zum Prüfauftrag zu.

Frau Schulze schlägt vor, „sichergestellt“ durch „angestrebt“ zu ersetzen.

Frau Röbler erklärt, dass der Vorschlag von Frau Schulze dem Anliegen am nächsten kommt und dieser übernommen wird.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, stellt Herr Adler zunächst den so geänderten Änderungsantrag der Fraktion DIE ANDERE zur Abstimmung.

**Die Ds 22/SVV/0034 wird wie folgt ergänzt:**

2. Im Hinblick auf die fortzuschreibende Masterplanung wird der Oberbürgermeister beauftragt, mit der WIK Wohnen in Krampnitz GmbH einen städtebaulichen Vertrag zu verhandeln und unter Gremiovorbehalt abzuschließen. Ziel ist die Schaffung weiteren mietpreisgedämpften Wohnraums in der Entwicklungsstufe Krampnitz.5000.

***In dem Vertragsentwurf soll sichergestellt angestrebt werden,***

- ***dass die zusätzlichen Neubauflächen in den Klinkerhöfen ausschließlich für mietpreisgedämpftes Wohnen und für Gewerbe genutzt werden.***
- ***dass in diesen zusätzlichen Bauflächen Wohnungen mit einer maximalen Kaltmiete von 10,50 €/m<sup>2</sup> (netto kalt) entstehen, davon ein Anteil von 25% zu maximal 7,50 €/m<sup>2</sup> (netto kalt) und ein Anteil von mindestens 10 % zu maximal der Miethöhe, die in der Landeshauptstadt Potsdam (LHP) als Kosten der Unterkunft übernommen wird.***
- ***dass eine Erhöhung der Einstiegsmietten nur zum Inflationsausgleich möglich ist.***
- ***dass die Bindungen für mindestens 25 Jahre ab Erstvermietung gelten.***
- ***dass die LHP in angemessenem Umfang an der Belegung der Wohnungen beteiligt wird.***
- ***dass die Umsetzung dieser Vereinbarungen durch die Landeshauptstadt Potsdam rechtlich durchsetzbar ist.***

**Abstimmungsergebnis:**

Mit 7 Zustimmungen, 1 Ablehnung und 1 Stimmenthaltung mehrheitlich **angenommen.**

Anschließend bittet er um Abstimmung über die so ergänzte Drucksache.

**Der Ausschuss für Gesundheit, Soziales, Wohnen und Inklusion empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:**

1. Das Ergebnis des Fachdiskurses Klinkerhöfe der Deutsche Wohnen SE gemäß Anlage dient als Grundlage für die Fortschreibung der Masterplanung für das Entwicklungsgebiet Krampnitz in diesem Bereich. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Masterplanung – Bereich Klinkerhöfe – fortzuschreiben und der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung vorzulegen.
2. Im Hinblick auf die fortzuschreibende Masterplanung wird der Oberbürgermeister beauftragt, mit der WIK Wohnen in Krampnitz GmbH einen städtebaulichen Vertrag zu verhandeln und unter Gremiovorbehalt abzuschließen. Ziel ist die Schaffung weiteren mietpreisgedämpften Wohnraums in der Entwicklungsstufe Krampnitz.5000.

***In dem Vertragsentwurf soll sichergestellt angestrebt werden,***

- ***dass die zusätzlichen Neubauflächen in den Klinkerhöfen ausschließlich für mietpreisgedämpftes Wohnen und für Gewerbe genutzt werden.***

- dass in diesen zusätzlichen Bauflächen Wohnungen mit einer maximalen Kaltmiete von 10,50 €/m<sup>2</sup> (netto kalt) entstehen, davon ein Anteil von 25% zu maximal 7,50 €/m<sup>2</sup> (netto kalt) und ein Anteil von mindestens 10 % zu maximal der Miethöhe, die in der Landeshauptstadt Potsdam (LHP) als Kosten der Unterkunft übernommen wird.
- dass eine Erhöhung der Einstiegsmietten nur zum Inflationsausgleich möglich ist.
- dass die Bindungen für mindestens 25 Jahre ab Erstvermietung gelten.
- dass die LHP in angemessenem Umfang an der Belegung der Wohnungen beteiligt wird.
- dass die Umsetzung dieser Vereinbarungen durch die Landeshauptstadt Potsdam rechtlich durchsetzbar ist.

**Abstimmungsergebnis:**

Mit 6 Zustimmungen, 2 Ablehnungen und 1 Stimmenthaltung mehrheitlich angenommen.

**zu 7        Mitteilungen der Verwaltung**

**zu 7.1     Report der Beauftragten für Migration und Integration 2021**

Frau Dr. Palenberg weist darauf hin, dass es sich hier um den Abschlussbericht von Frau Grasnack handelt. Die Grundlage, die Frau Grasnack in den 30 Jahren ihrer Arbeit geschaffen hat, wird sie fortführen und darauf aufbauen.

**zu 7.2     Bericht zum Sachstand zum GKV-Antrag für vulnerable Gruppen**

Frau Magnussen stellt anhand einer Präsentation die Förderung zielgruppenspezifischer Interventionen vor und betont, dass es Ziel ist, die Gesundheit von sozial und gesundheitlich benachteiligten Menschen zu verbessern.

Frau Hayn stellt das Projekt Seelische Gesundheit trifft Schule vor und geht dabei auf die Projekthalte und –ziele ein. Ziel ist hier, Präventionsangebote diskriminierungsfrei und sensibel in sozial belasteten Schulen umzusetzen.

**zu 7.3     Sachstand Maßnahmeplan zum Psychiatriekonzept**

Frau Magnussen stellt anhand einer Präsentation den Sachstand zur Umsetzung des Psychiatrieplanes vor. Eingangs gibt sie eine kurze Rückschau und anschließend eine Übersicht über die Kriterien der Zielerreichung. Danach gibt sie eine Übersicht über die umgesetzten sowie die offenen Ziele. Abschließend gibt Frau Magnussen einen Ausblick auf 2022 sowie die weiteren Schritte.

Frau Eifler bittet um Auskunft über die Gründe, warum Maßnahmen nicht umgesetzt wurden.

Frau Magnussen erklärt, dass ihre Abwesenheit und die Pandemie die Prozesse verlangsamt haben.

#### zu 7.4 Report zur Suchtprävention/Suchtberatung

Frau Schulze informiert, dass ein Träger die Sitzung verlassen hat, da mit diesem nicht im Vorfeld kommuniziert wurde, dass sie nur 3 bis 4 Minuten Zeit für die Präsentation haben.

Herr Adler macht deutlich, dass er Informationen hat, dass alle Träger darauf hingewiesen wurden, dass nur dieses Zeitfenster zur Verfügung steht.

Frau Hayn teilt mit, dass sie alle Träger im Vorfeld informiert hat, dass nur ein begrenztes Zeitfenster zur Verfügung steht. Es wurden alle Träger um 3 bis 4 Folien gebeten.

Frau Hayn stellt anhand einer Präsentation den Report der Suchtprävention und Suchtberatung vor.

Frau Tietz (Chill out e.V.) stellt anhand einer Präsentation die Arbeit der Fachstelle für Konsumkompetenz vor und gibt eingangs einen kurzen Rückblick. Dann gibt sie einen Überblick über die erreichten Dialoggruppen. Sie stellt die Inhalte der Maßnahmen vor und geht danach auf die Anzahl der individuellen Beratungen 2018 bis Oktober 2021 ein. Anschließend verweist Frau Tietz auf die Herausforderungen, die 2020 stark durch die Einschränkungen der Corona-Pandemie geprägt waren. Auch die seelische Gesundheit und akute Krisen spielen in der Arbeit eine Rolle. Abschließend gibt sie einen Ausblick auf die Schwerpunkte 2022.

Frau King (Klinikum Ernst von Bergmann) stellt die Arbeit der Suchtpräventionsfachstelle für Erwachsene anhand einer Präsentation vor und geht dann auf die Themen ein, die die Suchtprävention zukünftig angehen möchte.

Frau Jackel-Neusser fragt, ob bei Angeboten für Kinder auch die sozialen Medien verwendet werden.

Frau Tietz antwortet, dass die sozialen Medien durchaus genutzt werden, um die Themen an die jungen Menschen zu bekommen.

Frau Dr. Denninger bietet den Vortragenden an, enger zu kooperieren.

Herr Fröhlich findet die Präsenz sehr wichtig, z.B. mit einem Präventions- oder Selbsthilfetag, um zu zeigen, welche Angebote es gibt. Er fragt, ob es Vorstellungen gibt, bestimmte Events durchzuführen. Des Weiteren regt er an, zukünftig so ein wichtiges Thema in einer Sondersitzung zu behandeln. Dieses wichtige Thema sollte anders präsentiert werden.

Frau Hayn erklärt, dass auch 2021 Präventionsveranstaltungen durchgeführt wurden. Auch für 2022 ist geplant, ein Stück weit in die Normalität zu gehen. Dies wird z.B. über Openair-Angebote versucht.

Frau Tietz unterstreicht dies. Neben den Veranstaltungen, die 2021 stattgefunden haben, wird auch versucht, andere Veranstaltungen, die im öffentlichen Raum stattfinden, zu nutzen. Es gibt schon erste Anfragen für Infostände.

Frau Vandre plädiert dafür, das Thema als gesonderten Tagesordnungspunkt nochmal auf die Tagesordnung zu setzen und darüber zu diskutieren.

Frau Schulze fragt Frau Hayn, wie viele gemeinsame Beratungen innerhalb der 3 Träger in den vergangenen 2 Jahren stattgefunden haben und ob die Folien mit den Trägern abgestimmt waren.

Frau Hayn informiert, dass einmal jährlich ein Kooperationsgespräch verabredet wurde, welches durchgeführt wird. Für die Folien wurden ausschließlich Daten verwendet, die durch die Träger mit den Sachberichten zur Verfügung gestellt wurden.

Herr Adler schlägt vor, im Frühjahr oder Sommer 2022 bei einem Träger vor Ort ein Fachgespräch durchzuführen.

Herr Fröhlich spricht sich für den Vorschlag aus. Das Fachgespräch sollte kurz vor oder nach der Sommerpause durchgeführt werden.

Herr Eichert bittet darum, dass dann darauf geachtet wird, dass die Räumlichkeiten dafür groß genug sind.

Frau King bietet an, Räumlichkeiten im Klinikum Ernst von Bergmann zur Verfügung zu stellen.

## zu 8 **Sonstiges**

### **Arbeitssituation Pflege**

Frau Meier macht deutlich, dass die Stärkung des Pflegebereichs eine der wichtigsten Aufgaben ist, der sich die Geschäftsführung, die Klinikleitung und auch der Aufsichtsrat mit Nachdruck widmen. Mit dem Ende 2020 entwickelten 5-Punkte-Plan „Starke Pflege in der Klinikgruppe EvB“ befindet sich das KEvB auf einem guten Weg. Es wird beständig an dessen weiterer Umsetzung gearbeitet. Erste wichtige Schritte sind eingeleitet, um merkbare Entlastungen für die Pflegenden zu schaffen.

Trotz weiter anhaltender Pandemiesituation zeigen die entwickelten Konzepte erste Erfolge.

#### 5-Punkte-Plan „Starke Pflege“ im Klinikum Ernst von Bergmann:

1. TVöD als attraktiver Tarifvertrag für Pflegekräfte (*bereits eingeführt*)
2. Zukunftswerkstatt Pflege - Verbesserung der Arbeitsbedingungen/  
Mitarbeiterzufriedenheit (*fortwährend Maßnahmen in Arbeit*)
3. Erheblicher Ausbau der Ausbildungskapazitäten (*bereits durchgeführt*)  
Entwicklung der übernommenen Absolventen der Pflegeberufe einschl.  
Operationstechnischer Assistenten und Anästhesiologischer Assistenten:
  - 2010: 19 Übernahmen von Azubis
  - 2019: 29 Übernahmen von Azubis
  - 2020: 41 Übernahmen von Azubis
  - 2021: 49 Übernahmen von Azubis
  - geplant für 2022: 71 Azubis am Standort Potsdam (KEvB und KWB)
4. Intensive Personalakquise insbesondere junger Pflegekräfte (aktuell  
weiterlaufender *Prozess*)  
Allein vom Dezember 2019 bis Dezember 2021 konnten 72 zusätzliche

VK (Vollkräfte) in der Pflege aufgebaut werden.

Zudem wurde zur Stärkung der Pflege-/Funktionsdienste die Integration von 140 Mitarbeitenden des OP-/Stationservices aus der Servicegesellschaft in die Struktur des Klinikums durchgeführt. Der Schritt erfolgte zum 01.11.2021. In dem Zuge sind 10 VK zur Stärkung des Pflege-/Funktionservices aufgebaut worden.

5. Anwerbung ausländischer Fachkräfte mit Integration in Klinik & Gesellschaft (*kontinuierlich in der Umsetzung*)

Zudem befinden sich aktuell 37 ausländische Pflegefachkräfte bzw. Pflegehelferinnen im Anerkennungsverfahren zur Gesundheits- und Krankenpflege oder Anästhesietechnischen Assistenz. Ca. 11 von diesen Kolleginnen und Kollegen werden im 1. Halbjahr 2022 ihre Anerkennungsprüfung durchführen und dann auch Vollzeit im KEvB arbeiten.

Zudem werden 21 philippinische Kolleginnen und Kollegen aus dem Inga-Projekt des Bundesministeriums im Jahr 2022 erwartet.

**Nächste Sitzung des GSWI-Ausschusses: 29. März 2022, 18:00 Uhr**

**Uwe Adler**  
Ausschussvorsitzender

**Martina Spyra**  
Schriftführerin